

## **Editorial<sup>1</sup>**

Die Diskussion rund um die Krise der Demokratie und der Ruf nach neuen Formen der Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen als Alternative zur klassischen repräsentativen Demokratie sind vielleicht so alt wie die Demokratie selbst. Insofern ist wenig Neues an der Forderung nach „neuen“ Formen der Demokratie. Dennoch scheint die Debatte gerade in den letzten Jahren wieder neu entfacht und aktueller denn je. Auf der einen Seite machen Bürgerproteste, wie jene gegen das Bauprojekt des Stuttgarter Bahnhofs „Stuttgart 21“, sowie das neue Schlagwort des „Wutbürgers“ deutlich, dass viele sich durch die zu ihrer Vertretung gewählten politischen Akteure nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen. Dabei richtet sich der Protest auch gegen die institutionelle Ordnung, deren Vollzugscharakter die Forderung nach mehr direktem Engagement und Beteiligung entgegen gebracht wird. Diesem Wunsch nach mehr Mitsprache und Partizipation steht andererseits ein zumindest wahrgenommener Trend zu immer mehr Politikverdrossenheit gegenüber, der sich in Form sinkender Beteiligung bei Wahlen, abnehmender Mitgliederzahlen bei etablierten Parteien sowie eines schwindenden Interesses an politischen Themen bemerkbar macht. Dieser Trend hat viele Politiker und Politikwissenschaftler dazu bewogen, über neue Ansätze einer direkteren Begegnung mit dem Bürger und deren Einbindung in den politischen Prozess nachzudenken. Und schließlich wird auch gerade angesichts der Komplexität vieler Sachverhalte und globaler Herausforderungen, wie etwa Fragen des Klimawandels oder der globalen Finanzmärkte, die Steuerungsfähigkeit von Politik mit Hilfe herkömmlicher Entscheidungsfindungsverfahren zunehmend in Frage gestellt, und es werden Möglichkeiten einer Anpassung geeigneter Werkzeuge der Willensbildung thematisiert.

Ob, und wenn ja auf welche Art und Weise, die Demokratie aktuell tatsächlich in der Krise steckt, ist wohl in erster Linie eine Frage der Perspektive. Unbestritten ist allerdings, dass sich mit der Entwicklung neuer digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien auch ganz neue, zuvor nie dagewesene Möglichkeiten zur politischen Teilhabe, Abstimmung und Meinungsäußerung aufgetan haben, die neue Optionen für innovative, teilweise nicht verfasste Partizipationsformate eröffnen und vermehrt als Weg zu einer zeitgemäßen Erneuerung und Modernisierung von Demokratie betrachtet werden.

Ob eine Stärkung neuer Formen der Partizipation allerdings wirklich zu einem Mehr an Demokratie – und vor allem zu einer „besseren“ Demokratie – führen kann, ist ungewiss. Während eine Ausweitung direkter Beteiligungsverfahren von vielen Befürwortern als Möglichkeit zur Rückübertragung von mehr Macht an den Bürger, eine gesellschaftliche Vertiefung von Demokratie und somit ein neues verbessertes Verhältnis zwischen Bürger und Staat begrüßt wird, unterstreichen Kritiker das Risiko einer steigenden Komplexität und Intransparenz. Gerade internetbasierte Beteiligungsmechanismen sehen sich vermehrt der Kritik ausgesetzt, bestimmte Teile der Bevölkerung zu benachteiligen und sogar auszuschließen. Auch stellen sich Probleme möglicher Manipulationen nicht nur auf der technischen Ebene in einer bisher nicht gekannten Größenordnung. Und schließlich hat, wer ein Mehr an direkter Bürgerbeteiligung fordert, auch die Ergebnisse solcher

---

<sup>1</sup> Es wird darauf hingewiesen, dass aus Gründen der besseren und flüssigeren Lesbarkeit im gesamten Journal auf eine genderspezifische Schreibweise verzichtet wird. Alle Bezeichnungen gelten sinngemäß für beide Geschlechter.

Referenden zu akzeptieren – was nicht immer leicht fällt in Anbetracht der jüngsten Beispiele in der Schweiz zur Begrenzung von „Masseneinwanderung“ (2014), zur „Ausschaffung krimineller Ausländer“ (2010) oder zum Verbot von Minaretten (2009).

Dem Anspruch von PSCA als Zeitschrift für angewandte Politikwissenschaft und Brücke zwischen der Politikwissenschaft und ihrer praktischen Anwendung gemäß, ist es das Ziel dieser dritten Ausgabe, die Kontroverse rund um Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken, Möglichkeiten und Einschränkungen neuer Formen politischer Partizipation aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und anhand von Beispielen zu illustrieren. Wir freuen uns, dass es uns auch diesmal wieder gelungen ist, eine Reihe interessanter und anregender Beiträge von erfahrenen und sachkundigen Autoren aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in diesem Heft zu vereinen.

Die ersten drei Beiträge beschäftigen sich mit Überlegungen zur konkreten Umsetzung der direkten Demokratie in der Schweiz und in Österreich sowie auf europäischer Ebene. Mit Bezug auf die Situation in der Schweiz, in der die direkte Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung eine lange Tradition und einen hohen Stellenwert hat, analysiert Angelo Maiolino das Risiko, dass direkte Demokratie auch zu einer „Tyrannei der Mehrheit“ führen kann. Anhand des Beispiels der Schweizerischen Volkspartei zeigt Maiolino auf, wie Vorteile und Nutzen direktdemokratischer Instrumente – allen voran das Potenzial, eine Politik der Konkordanz, den öffentlichen Diskurs sowie den politischen Bewusstwerdungsprozess zu fördern – durch deren Einsatz für Zwecke der Polemisierung verdrängt werden und es zu einer Korrodierung politisch-kultureller Werte und Prinzipien kommen kann.

Die Umsetzung direkter Demokratie in Österreich ist Gegenstand des Beitrags von Erwin Leitner. Anhand der Wiener Volksbefragung und der Volksbefragung zur Wehrpflicht im Jahr 2013 untersucht der Autor vor allem den Umgang mit Mitteln der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen durch die beiden Regierungsparteien.

Stephan Dreischer befasst sich in seinem Beitrag mit der Europäischen Bürgerinitiative als neuem Instrument zur Stärkung von Partizipation auf europäischer Ebene und der demokratischen Funktionsweise der EU. Er diskutiert hierbei Vor- und Nachteile und illustriert seine Überlegungen mit bereits lancierten Initiativen der vergangenen Jahre.

Die letzten beiden Beiträge stellen Überlegungen zu Perspektiven und aktuellen Entwicklungstrends von direkter Demokratie an. In ihrem Beitrag beschäftigen sich Rita Trattnigg und Thomas Haderlapp mit der Frage der Entwicklung partizipativer Demokratie und zukünftiger Gestaltungsmöglichkeiten für die Praxis und Kultur der direkten Bürgerbeteiligung. Aufbauend auf eigenen Erfahrungen gehen die beiden Autoren hierbei insbesondere auf das Modell des Bürger-Rats und den Einsatz der „Dynamic Facilitation“-Methode ein.

Christoph Meißelbach diskutiert in seinem Artikel schließlich die Chancen und Potentiale, Risiken und Grenzen des Internets als Medium für direkte Demokratie. Er stellt hierbei die Frage, auf welche Weise das Internet moderne Demokratien verändern kann und dies auch tut, und inwieweit der Einsatz neuer internetbasierter demokratischer Praktiken tatsächlich dazu geeignet ist, die Partizipation und das Engagement von Bürgern im politischen Prozess zu fördern.

Wie immer danken wir unseren Autoren sowie dem gesamten Redaktionsteam für die gute und interessante Zusammenarbeit und wünschen allen Lesern eine anregende Lektüre.

Jakob Lempp und Angela Meyer